

Antrag

**der Abgeordneten Jennyfer Dutschke, Michael Kruse,
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Daniel Oetzel, Dr. Kurt Duwe (FDP) und
Fraktion**

**Betr.: Datengrundlage für zielgerichtete Gesundheitsprävention im öffentli-
chen Dienst schaffen**

Die Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung sind viel häufiger krank. Im Durchschnitt fehlt jeder Behördenmitarbeiter mittlerweile fünf Tage länger pro Jahr als noch im Jahr 2003. Im Jahr 2017 verzeichnete der öffentliche Dienst über 1 Million Krankheitstage in den Behörden und Landesbetrieben. Im Jahr 2012 waren es rund 60 000 Krankheitstage weniger.

Nach Auskunft der Senatsvertreter im Unterausschuss Personalwirtschaft und öffentlicher Dienst am 17.09.2018 verfügen die personalführenden Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg aus datenschutzrechtlichen Gründen über keinerlei Übersicht, aus welchen Gründen Beschäftigte krank beziehungsweise arbeitsunfähig gemeldet sind. Auch hinsichtlich der Entwicklung von Ursachen insbesondere längerfristiger Fehlzeiten liegen nur bedingt Erkenntnisse vor.

Dabei unterscheidet sich die durchschnittliche Dauer und Häufigkeit von Krankschreibungen in den einzelnen Behörden und Ämtern zum Teil erheblich voneinander.¹ Bei diesen deutlichen Unterschieden in Dauer und Häufigkeit von Krankschreibungen ist es naheliegend zu unterstellen, dass sich auch die jeweiligen Ursachen in den Behörden, Ämtern und Landesbetrieben zum Teil erheblich voneinander unterscheiden. Ebenso liegt die Vermutung nahe, dass sich ein Wandel in den begründenden Krankheitsursachen vollzieht.

Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt zwar bereits über zahlreiche Präventionsangebote, doch das Fehlen entsprechend genauer Daten erschwert beziehungsweise verhindert ihren noch effektiveren Einsatz oder einen stärker zielgerichteten Ausbau.

Zumindest ein Teil dieser genaueren Strukturdaten wäre jedoch bei den Krankenkassen anonym abrufbar beziehungsweise aufzubereiten, wie auch die Kooperation mit dem MDK Nord hinsichtlich der Verteilung von Antibiotikaverschreibungen zeigt.² Auch eine Zuordnung zum Arbeitgeber Freie und Hansestadt Hamburg ist möglich, sodass eine entsprechende Analyse der Erkrankungsmuster der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrer Veränderung im Verlauf der letzten Jahre erfolgen kann. Dabei ist dem Schutz besonders schutzwürdiger Daten höchste Priorität einzuräumen – was eine Verarbeitung anonymisierter Daten nicht ausschließt.

Die vielen Fehltag sind besorgniserregend und die vorhandene Präventionsarbeit scheint nicht auszureichen, um diese Entwicklung umzukehren. Deshalb ist eine Datengrundlage notwendig, um in Zukunft passgenauere Präventionsangebote zu schaffen.

¹ Vergleiche Drs. 21/13594 Anlage 5.

² Vergleiche Drs. 21/12783.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Beispiel durch das UKE in Kooperation mit den Krankenkassen und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen prüfen zu lassen,

1. wie sich der Anteil unterschiedlicher Krankheitsursachen beziehungsweise die Gründe von Krankschreibungen von Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg, insbesondere auch der häufigen Kurzzeit- oder der Langzeit-Ausfälle, in den vergangenen Jahren entwickelt haben,
2. ob und wie sich die Gründe von Krankschreibungen von Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg hinsichtlich der Erkrankungen nach Behörden, Ämtern, Hochschulen und Landesbetrieben beziehungsweise Tätigkeitsbereichen differenzieren lassen,
und
3. auf Basis dieser Arbeit ein Konzept für eine Steigerung der Effektivität der Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsfürsorge der Freien und Hansestadt Hamburg zu entwickeln sowie
4. der Bürgerschaft bis zum 31.10.2019 zu berichten.